STADT BIELEFELD
- Schul- u. Sportausschuss -

Sitzung Nr.
SchA/005/2026
(2025-2030)

Niederschrift

über die Sitzung des Schul- und Sportausschusses

am 28.04.2026

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: 18:48-18:53 Uhr
Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

CDU
Frau Anja Bartsch
Herr Simon Bäumer — Stellv. Vorsitzender
Frau Alexandra Heckeroth
Frau Heike Kollmeier
Herr Aydin Özsan

SPD
Herr Jan Banze
Frau Roswitha Lammel
Herr Lars Nockemann — Vorsitzender
Frau Judith Wend

Bündnis 90/Die Grünen
Frau Lisa Brockerhoff
Frau Besiana Jakupi
Herr Engin Ünlü-Schroer

AfD
Herr Sebastian Gerfen
Frau Heliane Ostwald — (bis 18:03 Uhr)

Die Linke
Herr Dennis Möhlmeier
Herr Henning Schüler

FDP
Herr Jan Maik Schlifter

Beratende Mitglieder
Herr Sinan Altun (ACI)
Herr Simon Böer (Stadtsportbund Bielefeld e.V.)
Herr Günter Kunert (Kath. Kirche)
Herr Tim Seidel (Stadtelternrat e.V.)
Frau Andrea Seils (Ev. Kirche)
Frau Katharina Tweeboom (Schulformsprecher*innen)
Herr Kai Wittler (Beirat für Behindertenfragen)
Frau Renate Worms (Seniorenrat) — (bis 18:07 Uhr)

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 1 GO NRW
Herr Bernd Schatschneider (BSW)
Herr Stefan Schraub (Volt)

Verwaltung

Frau Beigeordnete Birgit Beckermann	Dezernat 2
Frau Almut Fortmeier	Stab Dezernat 2
Herr Daniel Seifert	Stab Dezernat 2
Frau Susanne Beckmann	Amt für Schule
Herr Christian Poetting	Amt für Schule
Herr Oliver Bilke	Amt für Schule
Frau Simone Horstkötter	Amt für Schule
Frau Hülya Süme	Amt für Schule
Herr Klaus Böhm	Sportamt
Herr Arne Middeldorf	Sportamt

Gäste

Herr Martin Gustorff	Bezirksregierung Detmold zum TOP 3.4.4
Frau Christine Harodt	Immobilienservicebetrieb zum TOP 3.6.2 ff.
Frau Mandy Schopen	Sozialamt zum TOP 3.9
Herr Matthias Queste	Sozialamt zum TOP 3.9
Herr Oliver Wittler	REGEmbH zum TOP 3.11.1
Frau Claudia Hilse	REGEmbH zum TOP 3.11.1

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Herr Nockemann die form- und fristgerecht erfolgte Einladung fest.

Frau Beckermann informiert sodann über die beabsichtigte Nutzung der digitalen Plattform *„SpeechMind“* zur KI-gestützten Protokollunterstützung. Sie betont, die Aufzeichnungen würden vertraulich behandelt und dienten der Verbesserung der Protokollqualität.

Herr Nockermann erklärt die Zustimmung des Gremiums als vorausgesetzt und leitet anschließend in die nichtöffentliche Sitzung über.

Nichtöffentliche Sitzung:

[…]

-.-.-

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 2 **Öffentliche Sitzung Sport**

Zu Punkt 2.1 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Sport des Schul- und Sportausschusses am 17.03.2026 Nr. 3/2025-2030**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil Sport der 3. Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 17.03.2026 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2.2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.2.1 **Fertigstellung von Baumaßnahmen an städtischen Sportanlagen**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2.2.2 **Förderzusage „Sanierung kommunaler Sportstätten“ SKS für die Sporthalle Benzstraße**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 **Anfragen**

Es liegen keine öffentlichen Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 2.4 **Anträge**

Es liegen keine öffentlichen Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 2.5 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es liegen keine Berichte vor.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Öffentliche Sitzung Schule**

Zu Punkt 3.1 **Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb mit dem Schul- und Sportausschuss am 17.03.2026 Nr. 2/2025-2030**

Herr Möhlmeier merkt an, dass in der Sitzung vom 17.03.2026 die Beschattung des Schulhofs der Grundschule Gellershagen am Übergangsstandort Gutenbergschule behandelt worden sei und zuvor keine Gespräche mit den Schulleitungen über die Modulbauten geführt worden seien; er erkundige sich nach dem aktuellen Stand, da von der Verwaltung Gespräche zugesichert worden seien.

Frau Beckmann ergänzt, dass sowohl vor als auch nach der Sitzung Gespräche mit der Schulleitung stattgefunden hätten. Ein Standort für das Raummodul sei mittlerweile im Konsens gefunden worden. Darüber hinaus stehe das Amt für Schule im engen Austausch mit dem Immobilienservicebetrieb und dem Umweltbetrieb hinsichtlich der Beschattung.

Beschluss:

Die Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb mit dem Schul- und Sportausschuss am 17.03.2026 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 17.03.2026 Nr.**

3/2025-2030

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil Schule der 3. Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 17.03.2026 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.3.1 Temporäre Modulbauten an Schulen

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.3.2 Projekt „You School“; hier: Sachstand Einwerbung Drittmittel

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.3.3 Sachstand zur schulischen Versorgung von Seiteneinsteigern (Flüchtlinge und Zuwanderer)

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Anfragen

Zu Punkt 3.4.1 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema „Schulessen"

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1065/2025-2030

Frau Jakupi weist auf die Notwendigkeit hin, dass Kinder mit Intoleranzen angemessen versorgt werden müssten. Sie kritisiere das Fehlen einer systematischen Erhebung unter den Schülerinnen und Schülern und rege an, dass das Thema Schulessen in einer zukünftigen Sitzung ausführlicher behandelt werden solle.

Der Ausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.4.2 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema „Gebundener Ganztag"**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1068/2025-2030

Frau Brockerhoff äußert ihre Bedenken zur Unmöglichkeit der Kombination von offenen und gebundenen Ganztagsystemen.

Der Ausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.4.3 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema „Folgen des BieBUZ-Aus"**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1132/2025-2030

Frau Brockerhoff äußert ihre Bedenken zur schnellen Abschaffung der Struktur des BieBUZ, die sie als Rückschritt für die Inklusion betrachte.

Der Ausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.4.4 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema „Bildung und Betreuung an Förderschulen sichern"**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 0877/2025-2030

Der Ausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.4.5 **Anfrage der Fraktion Die Linke zum Thema „Sachstand der Umsetzung des OGS-Anspruchs für die Kinder des neuen ersten Jahrgangs im Schuljahr 2026/27"**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1158/2025-2030

Herr Möhlmeier stellt die Frage nach den Ursachen der Wartelistensituation.

Frau Beckermann erläutert, es sei im Einvernehmen mit Trägern, Schulleitungen und Eltern gelungen, mehr Kinder aufzunehmen; dies sei nur durch gute Kooperation möglich gewesen.

Auf Nachfrage von Herrn Seidel gibt Frau Beckermann an, dass von den 150 gelisteten Kindern 95 bereits Plätze hätten und darauf geachtet werde, dass diese erhalten blieben.

Herrn Böer zufolge entstünden Wartelisten neben baulichen Kapazitätsgrenzen auch durch unvollständige Anmeldungen; dennoch sei es vielfach gelungen, für betroffene Kinder eine Unterbringung sicherzustellen.

Der Ausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.4.6 Anfrage der Fraktion Die Linke zum Thema „Sachstand des Verkehrskonzepts für sichere Schulwege"

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1159/2025-2030

Herr Schüler betont die Wichtigkeit sicherer Schulwege, äußert jedoch Bedenken bezüglich möglicher Verzögerungen bei der Umsetzung des Konzepts.

Herr Schlifter bittet darum, beim Amt für Verkehr nach einem konkreten Termin zu fragen, wann das finale Konzept vorliege.

Herr Nockemann regt an, die Fortschritte regelmäßig zu überwachen sowie Informationen über den Stand der Maßnahmen an die Bezirke weiterzuleiten.

Der Ausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Stellungnahme der Verwaltung:
Im Nachgang zur Sitzung wurde durch das Amt für Verkehr nach Rücksprache mit dem beauftragten Fachbüro mitgeteilt, dass die Konzeptberichte derzeit nach und nach fertiggestellt würden. Nach aktuellem Stand werde davon ausgegangen, dass alle Konzeptberichte im Laufe der Sommerferien 2026 in ihrer finalen Fassung vorliegen würden. Ein konkreter Termin für die Fertigstellung der einzelnen Konzepte könne derzeit nicht benannt werden.

-.-.-

Zu Punkt 3.4.7 Anfrage der Fraktion Die Linke zum Thema „Prüfauftrag städtische Förderschule auf dem Campus Seidensticker"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1161/2025-2030

Der Ausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.4.8 Anfrage der Fraktion Die Linke zum Thema „Planstellen des BieBUZ"

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1162/2025-2030

Herr Schliffter stellt die Nachfrage, wie die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BieBUZ nun in der Verwaltung eingesetzt würden.

Frau Beckermann erläutert, sie seien in andere Aufgaben des Amtes für Schule integriert; es bestünden ausreichend Tätigkeiten für einen geordneten Übergang.

Der Ausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.5 Anträge

Es liegen keine öffentlichen Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 3.6 Bericht zur Schulentwicklungsplanung

Zu Punkt 3.6.1 Alternativen der Steuerung von Schüler*innenströmen bei Schulformwechseln

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1113/2025-2030

Herr Nockermann eröffnet die Diskussion zur Schulentwicklungsplanung und führt aus, die vorliegende Verwaltungsvorlage sehe eine ergebnisoffene Prüfung von fünf Steuerungsoptionen vor.

Frau Beckermann erläutert die Zielsetzung und erklärt, es solle insbesondere eine bruchfreie Bildungsbiografie unter Berücksichtigung aller Rahmenbedingungen gewährleistet werden. Zustimmung zur ergebnisoffenen Prüfung wird durch Herrn Banze und Herrn Bäumer geäußert, verbunden mit der Forderung nach ergänzenden Datenauswertungen zur fundierten Entscheidungsgrundlage.

Kritisch äußert sich Herr Schlifter und beantragt, die in der Beschlussvorlage aufgeführte Handlungsoption Ziffer 3.5 zu streichen, da

diese als verunsichernd bewertet werde; zugleich werde eine vertiefte Analyse bestehender Wechselbewegungen angeregt.

Frau Brockerhoff, Frau Ostwald und Herr Möhlmeier begrüßen die Vorlage. Sie fordern jedoch Transparenz hinsichtlich nicht realisierbarer Optionen sowie eine frühzeitige Vorberatung der Ergebnisse in der zuständigen Arbeitsgruppe.

Frau Ostwald hebt die Chance hervor, Hauptschulbildungsgänge an Realschulen einzurichten.

Frau Beckermann stellt klar, die Prüfung der verschiedenen Optionen erfolge umfassend und mit dem Ziel einer Entscheidungsfindung bis Jahresende; ergänzend erläutert sie, dass schulorganisatorische Differenzierungen möglich seien, separate Hauptschulklassen jedoch bei der Bildung von Hauptschulbildungsgängen an Realschulen rechtlich nicht vorgesehen seien.

Der Änderungsantrag der FDP, die in der Beschlussvorlage aufgeführte Handlungsoption Ziffer 3.5 zu streichen, wird mehrheitlich abgelehnt.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten und Grenzen verschiedener Alternativen der Steuerung von Schüler*innenströmen bei Schulformwechseln zu prüfen und einen zielgerichteten Vorschlag zur zukünftigen Steuerung zu unterbreiten. Dabei sind die schulorganisatorischen, rechtlichen und räumlichen Rahmenbedingungen gemeinsam mit den betroffenen Schulen sowie der Schulaufsicht zu erörtern und zu berücksichtigen.

- mit großer Mehrheit beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 3.6.2 Zugerweiterungen sowie OGS-Erweiterungen an Bielefelder Grundschulen hier: Grundschule Dreekerheide (Pos. 53, städtisches Bauprogramm)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 0840/2025-2030

Herr Nockermann eröffnet die Diskussion zur geplanten Zug- und OGS-Erweiterung an den genannten Bielefelder Grundschulen und übergibt das Wort an Frau Harodt, die die drei Standorte detailliert vorstellt. Sie erläutert die spezifischen baulichen Maßnahmen für die Grundschulen Dreekerheide, Heeperholz und Wellbach und geht dabei auf die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten bei der Gestaltung der Außenanlagen ein.

Frau Brockerhoff ergänzt die Diskussion mit Hinweisen auf die Bedeutung naturnaher Spielmöglichkeiten und die gesundheitlichen

Vorteile für die Kinder, während Frau Harodt betont, dass die Firma Goldbeck auch die Außenanlagen unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte gestalten werde.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.6.3 **Zugerweiterungen sowie OGS-Erweiterungen an Bielefelder Grundschulen hier: Grundschule Wellbach (Pos. 53, städtisches Bauprogramm)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 0841/2025-2030

Der TOP 3.6.3 wird unter TOP 3.6.2 vorgestellt.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.6.4 **Zugerweiterungen sowie OGS-Erweiterungen an Bielefelder Grundschulen hier: Grundschule Heeperholz (Pos. 93, städtisches Bauprogramm)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 0881/2025-2030

Der TOP 3.6.4 wird unter TOP 3.6.2 vorgestellt.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.7 **Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 0765/2025-2030/1
1249/2025-2030

Die Beratung zu TOP 3.7.1 erfolgt unter TOP 3.7.

Herr Nockermann eröffnet die Debatte zur Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung (AG SEP) und verweist auf den gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-/SPD-Ratsfraktionen 1249/2025-2030.

Herr Banze erklärt, die Verlängerung der Frist zur Vorlage vorbereitender Unterlagen durch die Verwaltung diene einer verbesserten Vorbereitung, kurzfristige Themen könnten weiterhin eingebracht werden.

Frau Brockerhoff bestätigt die Notwendigkeit der Fristverlängerung und kritisiert, Unterlagen seien in der Vergangenheit häufiger zu spät bereitgestellt worden; zudem regt sie an, die Sitzungen der AG SEP öffentlich durchzuführen, und sie erkundigt sich, welche

Ausschussmitglieder Zugang zu den Unterlagen erhielten.

Frau Beckermann erläutert, die Nichtöffentlichkeit ermögliche eine offene und parteiübergreifende Beratung ohne Vorfestlegungen vorzunehmen; da keine Beschlüsse gefasst würden, bliebe eine offene Diskussion und anschließende Entscheidungsfindung im Ausschuss ausdrücklich erhalten.

Herr Schraub fordert, der Zugang zur Teilnahme der AG SEP solle auf Ausschussmitglieder beschränkt bleiben, und merkt an, die Geschäftsordnung müsse eindeutig formuliert sein.

Herr Schlifter warnt, dass eine dauerhafte Nichtöffentlichkeit der Sitzungen der AG SEP den Öffentlichkeitsgrundsatz verletzen könne, und beantragt daher, die Sitzungen öffentlich durchzuführen.

Herr Möhlmeier regt an, Termine frühzeitig zu planen und ausreichend Vorlauf zu gewährleisten.

Frau Beckermann betont, die Regelungen entsprächen der Geschäftsordnung; die Verwaltung werde auf angemessene Abstände der Sitzungstermine der AG SEP unter Berücksichtigung der Ausschusstermine achten.

Herr Seidel führt aus, die Nichtöffentlichkeit erschwere die Einbindung von Elterninteressen und schränke Rückkopplungen ein.

Herr Banze stellt dar, nichtöffentliche Formate hätten sich in anderen Gremien (AG Sport) bewährt und dienten der rechtssicheren Beratung.

Frau Heckeroth plädiert für die Berücksichtigung eines Vorbehalts der Beschlussfassung über die Regularien zur AG SEP bis zur Vorlage des Ergebnisses einer rechtlichen Prüfung; sie erwarte eine transparente Beteiligung der Ausschussmitglieder.

Frau Brockerhoff hebt hervor, dass nichtöffentliche AG SEP-Sitzungen Beteiligung und Rückkopplung von Interessenvertretungen (Eltern, Schüler*innen, Schulleitungen) erschwerten und damit relevante Beiträge verloren gingen.

Herr Ünlü-Schroer bittet um Klarstellung, ob Nichtöffentlichkeit und Geheimhaltung gelten, und fordert eine verwaltungsseitige Einordnung.

Herr Nockemann lässt über die gestellten Änderungsanträge der Reihe nach abstimmen.

Herr Schlifter stellt folgenden Änderungsantrag:

„In § 3 Absatz 2 der *Geschäftsordnung der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung/schulische Inklusion (AG SEP) soll die Formulierung „nicht-öffentlich“ zu „öffentlich“ verändert werden.“*

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird bei einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Schraub stellt folgenden Änderungsantrag:

„In § 1 Absatz 1, 3. Spiegelstrich der Geschäftsordnung der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung/schulische Inklusion (AG SEP) ist die Formulierung „Vertreter der Parteien im Rat“ zu „Vertreter der Mitglieder des Schul- und Sportausschusses“ zu verändern.

Der Änderungsantrag des Einzelvertreters VOLT wird bei einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Hilfsweise stellt Herr Schraub folgenden Änderungsantrag:

„In § 1 Absatz 1 der Geschäftsordnung der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung/schulische Inklusion (AG SEP) ist der Einzelvertreter Ratsmitglied Sebastian Peter aufzuführen.“

Der Änderungsantrag des Einzelvertreters VOLT wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Frau Jakupi stellt folgenden Änderungsantrag:

„In § 1 Absatz 1 Geschäftsordnung der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung/schulische Inklusion (AG SEP) ist der Kinder- und Jugendrat in der Zusammensetzung der AG SEP mit aufzuführen.“

Beschluss:

§ 1 (1) Die AG SEP setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

(…)
- Ein/e Vertreter/-in des Kinder- und Jugendrates
(…)

Über diesen wird wie folgt abgestimmt:

- einstimmig beschlossen –

Zum gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-/SPD-Ratsfraktionen (1249/2025-2030) ergeht folgender

Beschluss:

1. Die unter 2. zu beschließende Geschäftsordnung wird mit folgender Änderung beschlossen:

§ 4 (2) Materialien, die in der Sitzung behandelt werden sollen, werden vorzugsweise fünf Werktage vor dem Sitzungstermin online im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt. Es werden keine Verwaltungsvorlagen erstellt.

2. Der Beschlusspunkt 3. wird in der dargestellten Form beschlossen.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen –

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

2. Die unter 2. zu beschließende Geschäftsordnung wird mit folgenden Änderungen beschlossen:

§ 1 (1) Die AG SEP setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

(…)
- Ein/e Vertreter/-in des Kinder- und Jugendrates
(…)

§ 4 (2) Materialien, die in der Sitzung behandelt werden sollen, werden vorzugsweise fünf Werktage vor dem Sitzungstermin online im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt. Es werden keine Verwaltungsvorlagen erstellt.

3. Folgende Personen werden als Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder berufen:

Mitglied	Stellvertretendes Mitglied	Funktion/Partei
Lars Nockemann	Judith Wend	Vorsitzender des SchA/SPD
Simon Bäumer	Heike Kollmeier	stellv. Vorsitzender SchA/CDU
Aydin Özsan	Markus Kleinkes	CDU
Jan Banze	Roswitha Lammel	SPD
Besiana Jakupi	Lisa Brockerhoff	Bündnis 90 / Grüne
Heliane Ostwald	Sebastian Gerfen	AfD
Astrid Lehmann	Dennis Möhlmeier	Die Linke
Jan Maik Schlifter	Micha Paul Kaspar	FDP
Stefan Schraub	-	Volt
N.N.	-	Die PARTEI
Bernd Schatschneider	-	BSW
N.N.	-	LiB
Kai Wittler	Christine Schönfeld	Beirat für Behindertenfragen
Roxana Lange	Sinan Altun	Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration

Hans-Peter Grönitz	**Renate Worms**	**Seniorenrat**
Tim Seidel	**Michael Stelter**	**Stadtelternrat**
Anton Großekathöfer	**Havin Su Uluyol**	**BezirksschülerInnen Vertretung**

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.7.1 **Gemeinsamer Änderungsantrag der CDU-/SPD-Ratsfraktionen zur Nachtragsvorlage Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1249/2025-2030

Die Beratung des Tagesordnungspunktes erfolgte unter TOP 3.7.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.8 **Zuschuss an den Stadtsportbund für die Übernahme der kommunalen Aufgabe der Intensivierung und des Ausbaus der Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1051/2025-2030

Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund einer ersetzenden Nachtragsvorlage nicht beraten.

-.-.-

Zu Punkt 3.8.1 **Zuschuss an den Stadtsportbund für die Übernahme der kommunalen Aufgabe der Intensivierung und des Ausbaus der Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1051/2025-2030/1

Frau Beckmann weist auf die haushalterischen Rahmenbedingungen hin und führt aus, die für 2026 erforderlichen Mittel seien intern im Amt für Schule zu erwirtschaften, während ab 2027 eine reguläre Anmeldung zum Haushalt erfolge und die Entscheidung hierüber im Rahmen der Budgetplanung durch den Rat getroffen werde.

Herr Böer erläutert die Förderstruktur und erklärt, ein Teil der Mittel sei projektgebunden und werde an Vereine weitergeleitet, während zusätzliche Fördermittel aus Programmen und Vereinbarungen nur bei aktiver Antragstellung und Koordinierung abrufbar seien; ohne

entsprechende Steuerung seien die Maßnahmen nicht umsetzbar.

In der weiteren Diskussion wird die Notwendigkeit einer koordinierenden Fachkraft betont, die sowohl die Mittelakquise als auch die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Vereinen sicherstelle; zugleich wird darauf hingewiesen, dass sich die Aufgabe perspektivisch von einer intensiven Vermittlung hin zu einer verstetigten Koordination entwickeln könne.

Mehrere Ausschussmitglieder heben den Nutzen der Maßnahme hervor, äußern jedoch zugleich finanzielle Vorbehalte, verweisen auf die Unsicherheit der Förderkulisse und fordern einen effizienten Mitteleinsatz sowie eine klare haushalterische Verankerung.

Abschließend wird klargestellt, dass die konkrete Mittelbereitstellung verwaltungsintern zu klären sei und die Beschlussfassung im Rahmen der Haushaltsplanung erfolge.

Herr Nockemann kündigt eine Sitzungspause von fünf Minuten an.

Herr Bäumer stellt folgenden Änderungsantrag:

„Der letzte Absatz der Begründung ist in den Beschlussvorschlag zu übernehmen und im Gegenzug ist der letzte Satz des Beschlussvorschlags zu streichen."

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die bisherige Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit dem Stadtsportbund Bielefeld e.V. über den Zuschuss an den Stadtsportbund Bielefeld e.V. für die Übernahme der kommunalen Aufgabe der Intensivierung und des Ausbaus der Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen ab dem 01.01.2026 bis zur Kündigung fortzuschreiben und durch folgende Aufgabe zu erweitern:
Koordinierung und Vermittlung des Leistungsaustauschs zwischen den Bielefelder Sportvereinen und den am Startchancen-Programm NRW teilnehmenden städtischen Schulen.

Der Zuschuss an den Stadtsportbund Bielefeld e.V. wird in 2026 zur Deckung der mit der Übernahme dieser neuen Aufgabe verbundenen Personalkosten erhöht um 11.000 € von bisher 10.000 € auf insgesamt 21.000 €.

Die Erhöhung des Zuschusses im Jahr 2026 in Höhe von 11.000 € ist im Rahmen des Amtsbudgets des Amtes für Schule zu decken.

Die zusätzlichen Kosten für die Erhöhung des Zuschusses für die neue Aufgabe des Stadtsportbundes werden in 2026 durch Mittel des Amtes für Schule gedeckt. Für die Weiterführung dieser Aufgabe in 2027 ff. wird die Verwaltung entsprechende zusätzliche Finanzmittel zu den Haushaltsplanberatungen 2027 ff. anmelden.

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.9 **Schulische Assistenzhilfen: Umsetzung eines systemischen Ansatzes an der Teutoburger Wald Schule**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1027/2025-2030

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.10 **Verwendung der jährlichen Inklusionspauschale zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion für das Schuljahr 2025/2026**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 0697/2025-2030

Frau Beckermann ergänzt, dass sich der Verteilschlüssel der Inklusionspauschale ab dem kommenden Schuljahr verändern werde. Damit sei damit zu rechnen, dass sich der Zuwendungsbetrag für die Stadt Bielefeld erheblich verringern werde. Dies werde den städtischen Haushalt zusätzlich belasten; zugleich kündigt sie an, das Thema in den Schulbildungsausschuss des NRW-Städtetages einzubringen, um eine Anpassung des Verteilungsschlüssels zu erreichen.

Herr Schlifter thematisiert die Schulsozialarbeit im Kontext der Inklusion, woraufhin Frau Beckermann erklärt, die eingesetzten Mittel kämen an Schulen des gemeinsamen Lernens zum Einsatz, ohne dass eine feste Zuordnung einzelner Stellen erfolge.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:

Die Mittel der Inklusionspauschale für das Schuljahr 2025/26 in Höhe von 1.248.284,10 Euro werden wie folgt verwendet:

1. **In Höhe des Betrages von 376.998,31 Euro sind die Mittel gebunden für sechs im Stellenplan verankerte Stellen „Schulsozialarbeit Inklusion“.**

2. **Ein Betrag in Höhe bis zu 484.772,79 Euro wird für weitere Schulsozialarbeit an Schulen in städt. Trägerschaft verwendet.**

3. **Die vom Schul- und Sportausschuss am 20.06.2017 beschlossene Verwendung eines Betrags in Höhe von 188.918 Euro zur Förderung der schulischen Inklusion in den Offenen**

Ganztagsschulen (OGS) mit dem vorrangigen Schwerpunkt inklusiver Ferienangebote und besonderer Projekte und nachrangig für den laufenden OGS-Betrieb zur Deckung von erhöhtem Personalaufwand wird fortgeführt. Die Mittelweiterleitung an die OGS-Träger erfolgt weiterhin auf Basis einer „pro-Kopf"-Pauschale je Integrationskind gem. Stichtag der aktuellen amtlichen Schulstatistik. Die OGS-Träger belegen die Mittelverwendung im Verwendungsnachweis.

4. **Ein Betrag in Höhe von 197.595 Euro wird bedarfsgerecht in der OGS zur zusätzlichen Begleitung von Kindern, die neben dem sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf auch einen Integrationshelfer benötigen, zur Verfügung gestellt. Die Mittelweiterleitung an die OGS-Träger erfolgt auf Antrag und auf Basis des jeweiligen Anteils am bestehenden Gesamtbedarf. Die OGS-Träger belegen die Mittelverwendung im Verwendungsnachweis.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.11 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 3.11.1 Projekt Übergangsmanagement an Realschulen (REGEmbH)

Herr Wittler und Frau Hilse präsentieren die Ergebnisse des Projekts und führen aus, es seien sowohl positive Wirkungen als auch bestehende Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt sowie die Bedeutung der Beteiligung zentraler Akteure deutlich geworden.

Frau Hilse benennt die Zielgruppe und erläutert, diese umfasse insbesondere Jugendliche mit erhöhtem Unterstützungsbedarf; der Beratungsumfang bewege sich in der Regel im mittleren einstelligen Terminbereich und könne bedarfsgerecht angepasst werden.

Herr Wittler betont die hohe Nachfrage und hebt hervor, es bestehe vor allem Bedarf an praktischer Unterstützung im Bewerbungsprozess sowie an verlässlicher Begleitung.

Frau Wend unterstreicht die Bedeutung des Projekts für die Chancengerechtigkeit und erkundigt sich nach der Einbindung von Unternehmen, woraufhin Frau Hilse ausführt, es bestünden entsprechende Kooperationen und niedrigschwellige Zugangsangebote.

Ergänzend erklärt Herr Wittler, die praktische Begleitung durch Übergangsmanagerinnen erleichtere betriebliche Zugänge und fördere den Vertrauensaufbau. Frau Hilse führt zur Elternbeteiligung aus, es gebe verschiedene Beteiligungsformate, während zugleich Rückmeldeprobleme seitens einzelner Unternehmen bestünden.

Abschließend verweist Frau Hilse auf bestehende Monitoringansätze, während Herr Nockemann das Projekt würdigt und anmerkt, es bestünden weiterhin Herausforderungen im Bewerbungsverhalten.

-.-.-

Nichtöffentliche Sitzung:

[…]

-.-.-

gez. Lars Nockemann
Ausschussvorsitzender

gez. Hülya Süme
Schriftführung Schule

gez. Arne Middeldorf
Schriftführung Sport